

- 1. Aufgrund der enormen finanziellen Mehraufwände, die wegen der Corona-Pandemie zum Erhalt der Wirtschaft und anderer Bereiche notwendigerweise geleistet wurden, besteht unter unseren Mitgliedseinrichtungen die große Sorge, dass die Kinder- und Jugendlichen und die außerschulische kulturelle Jugendarbeit als große Verlierer\*innen aus der Corona-Pandemie hervorgehen und bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes Einschnitte erfahren werden. Wir als fachpolitischer Dachverband teilen diese Sorge. Wie werden Sie die bestehende Infrastruktur der Kulturellen Bildung aufrechterhalten, finanziell ausstatten und zukunftsorientiert gestalten?*

Der **Doppelhaushalt 2022/23** wird erst in der neuen Wahlperiode vom Abgeordnetenhaus und von den Bezirken verabschiedet. Wir als LINKE. Berlin werden uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Ansätze, z.B. zur Finanzierung des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung und seiner Fördersäulen trotz der Pandemie zumindest auf dem gegenwärtigen Niveau weiterfinanziert werden. Grundsätzlich halten wir es für wichtig, gerade in die Bereiche, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zentral sind, wesentlich mehr als bisher zu investieren. Das schließt für uns die Kulturelle Bildung ganz klar ein.

Gute Voraussetzungen für einen Ausbau der Angebote bietet das **Jugendförder- und Beteiligungsgesetz**, das am 01. Januar 2020 in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz wird die Kinder- und Jugendarbeit in Berlin von einer „freiwilligen“ zu einer kommunalen Pflichtaufgabe mit verbindlichen einwohnerorientierten Ausstattungsstandards. In § 6b des AG KJHG wird die Kulturelle Jugendbildung als einer der Schwerpunkte der Jugendarbeit gesetzlich fest verankert. Damit hat die rot-rot-grüne Koalition für die Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII völlig neue Bedingungen geschaffen, um Strukturen und Angebote auch im Bereich der Kulturellen Jugendbildung zu sichern, bedarfsgerecht auszubauen und weiterzuentwickeln. Mit der Umsetzung des Gesetzes verbunden ist eine fest verabredete Anschubfinanzierung im Umfang von insgesamt 25 Mio. Euro von 2020 bis 2023. Nun liegt es in der bezirklichen Verantwortung, in den Jugendförderplänen, die gegenwärtig von den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen erarbeitet werden, dafür die entsprechende Schwerpunktsetzung vorzunehmen und gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen die Angebote, Maßnahmen und Projekte festzulegen, die vor Ort benötigt werden.

Bei der Sicherung der Infrastruktur für die Kulturelle Bildung haben wir auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der in diesem Bereich Tätigen im Blick. Die in dieser Wahlperiode erreichten Verbesserungen, z.B. die Anhebung der Honorare und der Ausbau von Festanstellungen, gilt es weiter auszubauen.

Wir sehen auch die **Bundesregierung** stärker in der Pflicht, Kulturelle Bildung zu fördern. In diesem Kontext finden wir es richtig, dass das Bundesprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ verlängert wird und eine dritte Förderperiode von 2023 bis 2027 vorgesehen ist. Damit können auch künftig lokale Bündnisse für Bildung dabei unterstützt werden,

außerschulische kulturelle Angebote insbesondere für Kinder mit eingeschränktem Zugang zu Bildung zu unterbreiten. Im Gegensatz dazu steht, dass das Aufholprogramm des Bundes zum Abbau von Corona-bedingten Bildungsrückständen nur für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen ist. Dieses Aktionsprogramm muss aus unserer Sicht zeitlich verlängert und finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Zudem sollte der Bund auch hier sein Engagement verstetigen. Voraussetzung dafür ist die **Abschaffung des Kooperationsverbots**. Dafür setzt sich DIE LINKE. auf Bundesebene ein.

**2. Im Rahmen der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt Kulturelle Bildung in- und außerhalb von Schule eine besondere Rolle. Welche Bedeutung hat Kulturelle Bildung aus Sicht Ihrer Partei und welche Aufgaben ergeben sich daraus in den nächsten 5 Jahren?**

Die Förderung Kultureller Bildung ist uns seit langem ein besonderes Anliegen. Dies kommt auch in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck. Dort heißt es: „Kulturelle Bildung und dezentrale Kulturangebote sind für uns der Schlüssel zu gelingender Teilhabe. Mit der Stärkung des Bezirkskulturfonds, dem Projektfonds Kulturelle Bildung und der Stärkung der Kinder- und Jugendtheater haben wir schon viel erreicht. Hieran werden wir weiter arbeiten und kulturelle Bildungsangebote weiter ausbauen.“ (S. 25)

Wir möchten an dieser Stelle daran erinnern, dass es ein LINKER Kultursenator war, der 2008 Kulturelle Bildung zur Chefsache machte. Mit dem damals vom rot-roten Senat vorgelegten **Berliner Rahmenkonzept Kulturelle Bildung** erhielt sie einen politischen Stellenwert, fachliche Fundierung, Struktur und mit den drei Fördersäulen eine solide Finanzierungsgrundlage. Das Rahmenkonzept hat sich bewährt. Es wurde 2016 vor allem in Hinsicht auf Diversität, Inklusion und Partizipation weiterentwickelt und 2018 von der rot-rot-grünen Koalition finanziell erheblich aufgestockt und mit zwei neuen Fördermodulen inhaltlich erweitert. Mittlerweile liegt der 6. Fortschrittsbericht zum Rahmenkonzept Kulturelle Bildung vom März 2021 vor (RN 0015G). Die Stärke des Konzepts liegt nach wie vor darin, dass es nicht in sich abgeschlossen sondern entwicklungsfähig ist, dass es öffentlich und offen ist, viele verschiedene Aktivitäten, Initiativen und Projekte einbezieht und Kindern und Jugendlichen als Akteur:innen in eigener Sache Stimme und Gewicht gibt.

Kulturelle Bildung ist bereits jetzt fester Bestandteil des Berliner Bildungsprogramms für Kita und Kindertagespflege und der Rahmenlehrpläne der Schulen. Es gibt viele Einrichtungen, in denen Kulturelle Bildung konzeptioneller Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit ist. Im Rahmen multiprofessioneller Teams bereichern Kunst- und Kulturschaffende die pädagogische Arbeit in Kitas und Schulen. Mit der Aufnahme der **Jugendkunstschulen** als außerschulische Bildungsorte ins Schulgesetz haben auch diese einen festen Platz in der Berliner Bildungslandschaft gefunden. Zudem bestehen zahlreiche vom Land geförderte **Bildungsverbände** mit kulturellem Schwerpunkt, dazu Kooperationen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen, von denen etliche mit dem Doppelhaushalt 2020/21 auch auf Initiative der LINKEN. Berlin hin erstmals mit Landesmitteln gefördert werden. Das **FSJ Kultur** ist nachgefragt wie nie. Die

**JugendKulturService gGmbH** ermöglicht Kindern mit Förderung des Landes Berlin Theater- und Kunsterlebnisse vielfältiger Art. Einen Überblick über die Vielfalt Kultureller Bildungsangebote der Bezirke gibt der 4. Bericht zur Aktuellen Situation der bezirklichen Kulturarbeit von Februar 2021 (Drs. 18/3455). Diese Vielfalt gilt es auch künftig finanziell abzusichern.

Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächste Wahlperiode sehen wir darin, die Vielfalt der **Angebote Kultureller Bildung noch bekannter** und möglichst allen Kindern und Jugendlichen **frühzeitig zugänglich** zu machen. Den Bildungsinstitutionen Kita und Schule kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Hier verbringen die Kinder einen Großteil des Tages. Hier gibt es die Zugänge zu den Familien. Hier docken Familienzentren an und andere soziale Angebote befinden sich in der Nachbarschaft. Hier sollte eine Gelegenheit sein, mit Kultur Bekanntschaft zu schließen, Informationen zum Mit- und Selbermachen zu bekommen und niedrigschwellig Zugang zu finden – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das gilt insbesondere auch für Menschen, die zu uns geflüchtet sind. Die im Rahmen des **Gesamtkonzeptes für die Integration und Partizipation Geflüchteter** eingestellten Mittel müssen aus Sicht der LINKEN. Berlin zumindest auf dem bisherigen Niveau weiter zur Verfügung stehen.

**3. Das Bundesjugendkuratorium fordert einen DigitalPakt Kinder- und Jugendhilfe, eine Strategie, die über eine angemessene Ausstattung mit Internetverbindungen und geeigneter Hard- und Software deutlich hinaus geht. Die Lebenswelten und Rechte der Kinder- und Jugendlichen in ihrem digitalen Alltag sollen berücksichtigt und digitale Ungleichheiten beseitigt werden, um nur einige Punkte zu nennen. Was hat Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren zum Thema Digitalität vor?**

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass digitale Bildung der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken dient und zentral für Teilhabemöglichkeiten in einer digitalisierten Gesellschaft ist. Die Auseinandersetzung mit den Folgen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche zeigt aber auch, was Digitalisierung nicht leisten kann und welche Gefahren und Herausforderungen damit verbunden sind.

Die LINKE teilt die Einschätzung des Bundesjugendkuratoriums, dass die Bereitstellung von Glasfaseranschlüssen und die Beschaffung von digitalen Endgeräten nicht ausreicht, um Kindern gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Welt zu ermöglichen – auch wenn diese lange überfällig ist.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat bereits kurz nach Verabschiedung des DigitalPakts Schule gefordert, dass der Bund sich dauerhaft und nachhaltig an der Finanzierung einer digitalen und barrierefreien Bildungsinfrastruktur beteiligen müsse und dass dieses Engagement neben der Erwachsenen- und Weiterbildung selbstverständlich auch die Förderung im Bereich Kinder- und Jugendhilfe einschließen müsse (BT-Drs. 19/10151). Doch trotz zahlreicher durch das BMFSFJ geförderter Projekte steht eine umfassende Strategie für diesen Bereich nach wie vor aus.

Antworten DIE LINKE



Dabei geht es im Wesentlichen um die Entwicklung medienpädagogischer Konzepte für alle Bildungsbereiche, die Befähigung pädagogischer Fachkräfte, damit zu arbeiten. Es geht um die regelhafte Ausstattung der Bildungsinstitutionen mit geeigneten Anschlüssen sowie mit moderner Hard- und Software und mit Ressourcen zu deren Wartung, Pflege und Modernisierung. Der Zugang zu modernen Endgeräten unabhängig von der sozialen Lage als Rechtsanspruch aller Kinder und Jugendlichen und die Voraussetzung für Teilhabe in allen Lebensbereichen müssen ebenso gewährleistet sein wie die Sicherstellung des Datenschutzes.

Wenn jetzt der Fokus zunächst auf dem Bereich Schule liegt, so dürfen wir dabei nicht stehenbleiben. Schule kann und muss der Ausgangspunkt sein, die Digitalisierung zeitgleich auch im außerschulischen Bereich voranzubringen. Ein DigitalPakt Kinder- und Jugendhilfe, wie vom Bundesjugendkuratorium vorgeschlagen, wäre eine wichtige Ergänzung des DigitalPakts Schule.

Für Berlin wollen wir als LINKE. Berlin die **Rolle von Digitalkompetenzen in der pädagogischen Aus- und Fortbildung** stärken. Dafür braucht es Professuren für Medienbildung sowie medienpädagogische Fortbildungskonzepte. Für den Bereich der schulischen Bildung wollen wir ein landesweites Bildungskompetenzzentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter Beteiligung von Schulen, Bezirken, Universitäten, Wirtschaft etc. einrichten. Die Medienkompetenzzentren in den Bezirken wollen wir ausbauen. In allen Phasen der Lehrkräftebildung sollte ein Fokus insbesondere auf Daten- und Datenschutz-Kompetenzen als Basis für die Auswahl und Anwendung von digitalen Lehr- und Lernmitteln sowie für den Umgang mit Algorithmen und künstlicher Intelligenz gelegt werden. Die Erhebung von biometrischen Daten von Lernenden sowie KI-basierte Prognosesysteme, die Lernerfolge voraussagen, lehnen wir ab.

Selbstverständlich setzen wir uns auch dafür ein, dass Berlin beim **Breitbandanschluss** und bei der digitalen Ausstattung vorankommt. Darüber hinaus wurden im Zuge der Corona-Pandemie mehr als 50.000 digitale Endgeräte für Schüler:innen beschafft, deren Eltern sich keinen eigenen Computer leisten können. Auch die Auslieferung von Endgeräten für Lehrkräfte läuft derzeit, die Einführung dienstlicher Mailkonten ist fest vorgesehen. Es geht also voran in Sachen digitaler Infrastruktur.

Wir sind davon überzeugt, dass auch über das Ende der Pandemie hinaus alle Schüler:innen eigene digitale Endgeräte wie Laptops oder Tablets brauchen. Bei den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2022/23 werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass, wie im Entwurf des rot-rot-grünen Senats derzeit vorgesehen, tatsächlich umfangreiche Mittel für die Beschaffung von Endgeräten für Schüler:innen bereit gestellt werden. Digitale Endgeräte müssen als Teil des Existenzminimums jedes Kindes zur Sicherstellung von gleichen Bildungschancen und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Gleichaltrigen im Rahmen von Transferleistungen finanziert werden können.

**4. Kürzlich ist die Aufnahme von Kinderrechten in das deutsche Grundgesetz vorerst gescheitert. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Rechte von Kindern zu stärken?**

DIE LINKE. wird sich auf Bundesebene auch weiterhin für eine **Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz** stark machen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die konkreten Formulierungen nicht hinter der UN-Kinderrechtskonvention und hinter der geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zurückbleiben. In Berlin kämpft DIE LINKE. Berlin für die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Ausführlicher eingehen möchten wir in diesem Zusammenhang auf die folgenden Punkte:

Wir werden uns auch künftig konsequent und prioritär für die **Bekämpfung von Kinderarmut** und ihrer Folgen einsetzen. Prävention und die Überwindung von Kinder- und Familienarmut sind die Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Bildungs-, Teilhabe- und Lebenschancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Arbeit der 2017 vom rot-rot-grünen Senat eingerichteten Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, deren Ziel es ist, eine gesamtstädtische Strategie zur Verbesserung der Lage von armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen und deren Familien zu entwickeln und dabei insbesondere auch die Situation von Alleinerziehenden zu berücksichtigen, wollen wir deshalb ressortübergreifend und unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzen. Wir wollen, dass kein Kind wegen der Obdach- oder Wohnungslosigkeit der Eltern auf der Straße schlafen muss. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE. zudem für die Entwicklung einer Kindergrundsicherung ein.

Wir werden auch künftig den Rechtsanspruch auf eine **vorschulische Förderung in Kitas und in der Tagespflege** sicherstellen, in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Konkret bedeutet das, dass wir den Kitaplatz-Ausbau fortsetzen, die erreichte Gebührenfreiheit beibehalten und den Schwerpunkt stärker auf die Qualitätsentwicklung legen wollen, damit tatsächlich jedes Kind in Berlin sein Recht auf (qualitativ hochwertige) frühkindliche Bildung wahrnehmen kann.

Der **Kinderschutz** steht auch künftig ganz weit oben auf der Agenda der LINKEN. Das Netzwerk Kinderschutz hat sich auch unter Corona-Bedingungen bewährt. Wir wollen es mit dem Schwerpunkt auf Prävention und frühe Hilfen auch künftig fördern und konzeptionell weiterentwickeln. Mit der noch in dieser Wahlperiode geplanten Verabschiedung eines **Berliner Familienförderungsgesetzes** schaffen wir dafür gute Voraussetzungen. Die Belange des Kinderschutzes wollen wir auch bei der Personalausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) berücksichtigen. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Kinderschutz auch in Not- und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete jederzeit oberste Priorität hat.

Auch für das Recht auf **inklusive und diskriminierungsfreie Bildung** setzen wir uns ein, denn jeder Mensch ist einzigartig und muss in seiner Besonderheit anerkannt und gefördert werden. Alle Kinder brauchen Bildungseinrichtungen, die so gestaltet sind, dass jede:r werden

kann, was ihr:ihm möglich ist. Inklusive Pädagogik muss deshalb in der Ausbildung von Lehrkräften, Sozialpädagog:innen und Erzieher:innen zentraler Bestandteil sein. Darüber hinaus brauchen inklusiv arbeitende Schulen, Kitas und außerschulische Kinder- und Jugendeinrichtungen multiprofessionelle Teams und eine angemessene Ausstattung – personell und räumlich.

Zudem setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass **Kinder und Jugendliche an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen beteiligt** werden. Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz sieht zwingend vor, dass Kinder und Jugendliche beteiligt werden müssen, wenn es um die Entscheidung über die Mittelverwendung geht. Wir setzen uns für zeitgemäße Formen der digitalen Mitbestimmung ein. Wir wollen deshalb wie oben angesprochen die Stärkung der Medienkompetenz und die Unterstützung für Angebote der jugendpolitischen Bildungsarbeit fördern (siehe 3.). Den Jugenddemokratiefonds wollen wir finanziell aufstocken. Zudem will die LINKE. Berlin die politischen Mitsprachemöglichkeiten von Schüler:innengremien stärken, z. B. durch eine bessere Finanzierung der Schüler:innenvertretungen oder durch Projekte zur autonomen Finanzierung der Schüler:innenschaft wie Schüler:innenhaushalte. Auch Schüler:innenparlamente wollen wir unterstützen.

DIE LINKE. Berlin hat sich stets dafür eingesetzt, dass junge Menschen früher als bisher das ihnen zustehende Recht wahrnehmen können, zu wählen und gewählt zu werden. Wir möchten an dieser Stelle daran erinnern, dass DIE LINKE. Berlin mit in Regierungsverantwortung stand, als 2006 erstmals 16- und 17jährige an den **Wahlen** zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen konnten und als 2010 **Kinderrechte in der Berliner Landesverfassung** verankert wurden. Ein nächster Schritt war die erst kürzlich beschlossene Schaffung der gesetzlichen Grundlagen, damit 16jährige künftig als Bürgerdeputierte in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlungen mitentscheiden können. Vieles ist in Bewegung geraten, auch dank des Engagements junger Menschen in den Jugendverbänden, Jugendorganisationen und Initiativen. Dieses Engagement unterstützen und fördern wir. Auf dieser Grundlage werden wir erneut eine Initiative zur **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre** für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus starten.

**5. Die Herausforderungen unserer Zeit sind Inklusion, kulturelle Teilhabegerechtigkeit und Partizipation (s. Kulturelle Bildung. Das Rahmenkonzept 2016 für Berlin, S.7). Wie schafft Ihre Partei die Grundlagen dafür, welche Ressourcen werden zur Verfügung gestellt?**

Wir fühlen uns als LINKE. Berlin der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. **Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe** denken wir in allen politischen Bereichen mit. Dabei ist für uns klar: echte Inklusion ist nicht mit Lippenbekenntnissen zu haben, sondern muss mit den notwendigen Ressourcen unterlegt werden. Dafür werden wir uns in den bevorstehenden Haushaltsberatungen stark machen. Zu Inklusion und Partizipation im Bildungsbereich haben wir oben schon einige Vorhaben skizziert (siehe 4.). Darüber hinaus setzen wir uns für die konsequente Verwirklichung des Maßnahmenplans zur

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und für das dauerhafte Monitoring ihrer Umsetzung ein.

In Bezug auf **kulturelle Teilhabegerechtigkeit** haben wir in der laufenden Wahlperiode wichtige Impulse setzen können: Als erstes Bundesland haben wir mit dem Institut für kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) ein kontinuierliches wissenschaftliches Monitoring zur Teilhabe etabliert. Nach der Einführung des eintrittsfreien Sonntags in den Berliner Landesmuseen arbeiten wir weiter am Abbau von Zugangsbarrieren und setzen uns dafür ein, dass Kultureinrichtungen für alle leichter zugänglich, inklusiver und diverser werden.

An dieser Stelle soll auch das **ehrenamtliche Engagement** in der kulturellen Bildungsarbeit gewürdigt werden. Beispielhaft steht hierfür das **FSJ Kultur**. Die LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen dafür deutlich zu verbessern und für junge Menschen noch mehr und vor allem auch inklusive Einsatzstellen zu ermöglichen.

Mit dem **Jugendförder- und Beteiligungsgesetz** haben wir weitere Möglichkeiten eröffnet, Kulturelle Bildung vor Ort zu stärken. Ob Jugendkulturzentren, Jugendkunst- und Musikschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendtheater – die Vernetzung kultureller Akteur:innen vor Ort, zum Beispiel in kulturellen Bildungsverbänden oder projektbezogen und temporär, ist aus unserer Sicht eine wichtige Chance, die Zugänge zu kulturellen Angeboten weiter zu öffnen und zum Miterfahren und Mitmachen einzuladen. Trotz der Digitalisierung der Bildung einschließlich der Kulturellen Bildung ist und bleibt es aus Sicht der Berliner LINKEN unverzichtbar, dass sich Kinder, Jugendliche und Familien in Abhängigkeit vom Pandemiegeschehen schnellstmöglich wieder persönlich begegnen und gemeinsam aktiv werden können, auch um zusammen neue kulturelle Erfahrungen zu machen.

**Partizipation** ist uns eine Herzensangelegenheit. Die unmittelbare Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und von anderen unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen bei der Erarbeitung politischer Vorhaben und deren Umsetzung halten wir für unerlässlich. Wir wollen etwa die barrierefreie Teilnahme an allen politischen Gremien sicherstellen. Den Anteil von Menschen mit Behinderungen in den politischen Gremien wollen wir erhöhen. Mit der Weiterentwicklung des Partizipations- und Integrationsgesetzes hin zum Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft hat sich die rot-rot-grüne Koalition auch in Bezug auf die Erhöhung der Teilhabechancen von Berliner:innen mit Migrationsgeschichte eindeutig positioniert. Wir setzen uns zudem auch weiterhin für ein Wahlgesetz zur geschlechterparitätischen Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber:innen ein, als verfassungsrechtlich gebotenes Mittel, um die Durchsetzung der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe aller zu ermöglichen.